

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

26.7.1930 (No. 172)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatssanzipal:  
H. S. Seyler  
Karlsruhe

Bezugspreis: 6. Monats 2.25 RM, einm. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite, sowie und weiter frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, die als Rabatteabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Einlagen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Institut für den Druck der Zeitung berechnet. Bei Klageerhebung, zwinglicher Vertretung und Kontowechselungen läßt der Fall die Zeitung verpöbeln, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 20. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Badischer Staatsanzeiger, Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Der Dank der preussischen Regierung

Der preussische Ministerpräsident hat dem badischen Staatspräsidenten den Dank für die Beileidskundgebung der badischen Regierung zum Koblenzer Unglück ausgesprochen.

#### Litauen gegen die memelländische Autonomie

##### Vor einem Gewaltstreik

Wie aus Romno gemeldet wird, wird das litauische Ministerkabinett auf Vorschlag des Justizministers drei Gesetze annehmen, durch die im Falle eines Widerstreites der Memelländischen Autonomie mit innerlitauischen Gesetzen das Übergewicht des litauischen Staatspräsidenten auf gesetzlichem Wege festgelegt wird. Das eine Gesetz überträgt dem von der Zentralregierung ernannten Gouverneur die Aufsicht über die richtige Anwendung der Gesetze im Memelgebiet, wobei die Nichtbefolgung für die memelländischen Beamten die Enthebung vom Dienst durch einen Erlass des Staatspräsidenten nach sich zieht. Dem Landtag wird die Pflicht auferlegt, nur dem Gouverneur erwünschte Gesetze zu erlassen (1) und im Weigerungsfalle der Zentralregierung das Recht gegeben, diese Gesetze ohne Landtag zu erlassen. Gegen solche Maßnahmen und Erlasse des Staatspräsidenten und der Zentralregierung steht dem memelländischen Direktorium das Recht der Berufung an eine neu zu gründende Instanz zu, doch werden die Maßnahmen durch den Einspruch nicht aufgehoben. Das Berufungsgericht, das sich aus dem Staatspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern des Obersten Gerichts zusammensetzt, entscheidet, ob die Erlasse der Zentralregierung zu Recht bestehen. Gegen die Entscheidungen dieses Gerichts gibt es keine Berufung. Des Weiteren wird bestimmt, daß Zuständigkeitskonflikte zwischen litauischen und memelländischen Gerichten vom Obersten Gericht in Romno ebenfalls ohne Berufungsmöglichkeit entschieden werden.

Die vom Völkerverbund dem abgetrennten Memelland zugestandene Selbstverwaltung soll also aufgehoben werden, soweit sie Romno nicht befreit. Die Konvention, von den Großmächten garantiert, sollte das Memelland gegen litauische Übergriffe schützen. Jetzt wird sie den litauischen Gesetzen untergeordnet. Durch die neuen Gesetze soll unter litauischer Kompetenz darüber entschieden werden, ob Litauen Verpflichtungen, die es auf Grund internationaler Vereinbarungen gegenüber einer außenstehenden Vertragspartei eingegangen ist, erfüllt hat oder nicht. Sollten die Entwürfe des litauischen Justizministeriums Gesetz werden, dann würde der Art. 17 des Memelstatutes für Deutschland aktuelle Bedeutung gewinnen, in dem bestimmt ist, daß jede Staatsmacht berechtigt ist, den Völkerverbundrat auf Verletzungen des Statutes aufmerksam zu machen. Außerdem wird, wie aus Berlin gemeldet wird, der Versuch mit jenen mehrwichtigen Gesetzen noch vor der nächsten Genfer Tagung vollendet zu schaffen, nicht stillschweigend hingenommen werden.

#### Die Stimmung im Memelland

W.B. Memel, 26. Juli. (Tel.) Der neue Vorstoß der litauischen Zentralregierung gegen das Memelstatut hat nicht nur bei den Deutsch-Memelländern, sondern auch bei den memelländischen Litauern Befürchtung und Unruhe hervorgerufen. Wie erinnerlich, hat der Memelländische Landtag in seiner Sitzung am 10. Juli eine besondere Kommission eingesetzt mit der Vollmacht, alle ihr geeigneten erscheinenden Schritte zu unternehmen, um angeichts der in letzter Zeit erfolgten Eingriffe in die autonomen Rechte des Memelgebietes, die die schließlichen Befürchtungen für das weitere Bestehen der Autonomie überhaupt aufkommen lassen, alle ihr nötig erscheinenden Schritte zu unternehmen. Es ist anzunehmen, daß diese Kommission sich auch mit den jüngsten litauischen Übergriffen befassen wird, jedoch ist über bestimmte Beschlüsse dieser Kommission in dieser Sitzung noch nichts bekannt.

#### Französische Grenzverletzungen

Nach der Räumung der Pfalz ist der Aufenthalt an der elsass-lothringischen-pfälzer Grenze noch gefährlicher geworden, als er vor der Räumung gewesen ist. Die französischen Artilleriebeschießungen auf dem nahen Truppenübungsplatz Wisch nehmen, wie aus Birmasens berichtet wird, von Tag zu Tag an Umfang zu, und nicht selten wird beobachtet, daß Granaten etwa 100 bis 200 Meter von der Grenze entfernt freipieren und die Splitter über die Grenze geschleudert werden. Es ist begreiflich, daß damit für die vielen Leute, die augenblicklich beim Heerenjagen im Walde beschäftigt sind, desgleichen für die Bauern, die ihr Holz heimholen und für die Forst- und Zollbeamten bei der Ausübung ihres Dienstes der Aufenthalt geradezu lebensgefährlich wird. Es fällt ansehend den Franzosen schwer, ihre Ziele, die sie während der Besatzungszeit dort in der Gegend von Eppenbrunn markiert hatten, nach der Räumung zu ändern. Weiterhin ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß französische Militärflugzeuge die Grenze überflogen und bis nach Eppenbrunn hineingekommen sind.

Der Eiserwenzonensänger Karumidje in Bern verhaftet. Der im Eiserwenzonensängerprozess mitbeteiligte Vulgare Karumidje, der in Berlin wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Münzbedrehens usw. zu zwei Jahren 10 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist in Bern verhaftet worden.

### Letzte Nachrichten

#### Die neuen Notverordnungen

##### Veröffentlichung heute abend

M. Berlin, 26. Juli (Priv.-Tel.) Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über die dem Reichspräsidenten vorzuschlagenden Entwürfe der Notverordnungen wurden heute vormittag in der Reichskanzlei zu Ende geführt. Die Beratungen haben zu einer völligen Einigung im Kabinett geführt. Einen abschließenden Vortrag beim Reichspräsidenten wird der Reichskanzler heute nachmittag halten. Das Kabinett hat sich während der letzten Tage unter anderem auch mit der Frage der Neuordnung der Pensionen befaßt und beschlossen, noch im August einen diese Frage regelnden und Mißstände beseitigenden Gesetzesentwurf dem Reichstag zuzuleiten. Am Schluß der heutigen Sitzung sprach Reichskanzler Brüning seinen Ministerkollegen und den Beamten der verschiedenen Ressorts, die in der letzten Zeit bei der Vorbereitung der Notverordnung ihre ganze Kraft zur Verfügung gestellt hatten, seinen warmen Dank aus.

Wie verlautet, sind die neuen Notverordnungen, die heute nachmittag gegen 6 Uhr veröffentlicht werden sollen, in der Hauptsache bereits in den verschiedenen Gesetzesentwürfen des Budgetprogramms des Reichsfinanzministers Dietrich enthalten. Allerdings haben einige wesentliche Änderungen stattgefunden in der Richtung der Verminderung der einzelnen Steuererträge.

Neu ist vor allem auch die Feststellung des Reichshaushalts, der ja durch die Auflösung des Reichstags nicht mehr zur Verabschiedung kommen konnte und ebenfalls auf dem Wege der Notverordnung geregelt wird. Im ganzen sind die Einparungen, das heißt die Ausgabenersparungen statt mit 100 Millionen mit rund 150 Millionen eingeseht worden. Und zwar betragen die Abstriche beim Reichswehrministerium nur circa 10 Proz., beim auswärtigen Amt rund 5 Proz. Am empfindlichsten werden hiervon Kulturfonds betroffen, aber auch die Ausgaben für die Pressepropaganda werden gekürzt. Dazu kommen noch starke Abstriche am Innenamt, ebenfalls nach der kulturellen Seite hin. Die Kopfsteuer ist in den neuen Notverordnungen enthalten, auch die Dsthalfe ist zwar nicht vollständig, aber zum Teil übernommen. Wie jetzt gemeldet wird, hat Fugenberg im Namen seiner Partei in einem Brief an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die in ihrerer Aussicht stehende Annahme der Stille im Reichstag in letzter Stunde verhindert worden sei und den Reichskanzler ersucht, sie auf dem Verordnungsweg in Kraft zu setzen. Es scheint, daß nur der Vollstreckungsschutz für die öffentliche Landwirtschaft auf dem Verordnungsweg geregelt wird. Der Zusatzlag zur Einkommensteuer und die Reichshilfe erscheinen wieder, noch unbekannt war es heute morgen bei der Lebigensteuer.

#### Änderung der französischen Völkerverbundsabgeordneten

W.B. London, 26. Juli. (Tel.) „Morningpost“ berichtet aus Paris, es verlautet, daß eine völlige Änderung in der Zusammenfassung der französischen Delegation für die Völkerverbundsversammlung im September erfolgen solle. Dieser Beschluß sei darauf zurückzuführen, daß die sechs Parlamentarier, die der letzten Delegation angehörten, kürzlich in der Parlamentarischen Sitzung gegen die Regierung gestimmt hätten. Die neue Delegation werde wahrscheinlich mehrere Berufsdiplomaten und möglicherweise auch einen Wirtschaftssachverständigen, der nicht Politiker sei, umfassen. Die französische Regierung messe der Septemberversammlung wenig Bedeutung bei, weil wegen der unklaren politischen Lage in Deutschland ein verantwortlicher deutscher Vorkämpfer nicht zugegen sein würde.

#### Die Lage in Ägypten

##### Mißtrauensvotum gegen die Regierung — Passive Resistenz

W.B. Kairo, 26. Juli. (1.15 Uhr früh.) (Tel.) Die sog. Parlamentarische, die die Wasdabgeordneten trotz der Weigerung des Königs, eine Sondertagung des Parlaments einzuberufen, abzuhalten drohten, fand heute nacht kurz nach Mitternacht unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kammer statt. Es wurde ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung angenommen, nachdem die Petition an den König um eine Sondertagung verlesen worden war. Nach der Sitzung erklärte der Wasdführer, Nahaß Rajda, daß eine passive Resistenz unzulässig mit der Nichtzahlung der Steuern beginnen werde. Der Volksgesundheitsrat des Wasd erklärte, daß heute keine Kundgebungen stattfinden werden.

### Die unnebelte Großpreußenlösung

Der „Badische Beobachter“ gibt Herrn Dr. Rudolf Henke, Professor der Rechte an der Universität Moskau, dem bekannten Vertreter föderalistischer Gedanken, das Wort zu einer Kritik an den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden von unseren Vertretern nur vorbehaltlich weiterer bzw. endgültiger Stellungnahme nach Vorliegen der Beschlüsse der übrigen Ausschüsse der Konferenz angenommen. Henkes Artikel lautet: „Im Verfassungsausschuss der Länderkonferenz haben unter dem Einflusse der Zentralisten die im Vorjahre für den Unterausschuss erstatteten Mehrheitsreferate größtenteils Zustimmung gefunden. Damit ist aus den Referaten für den Unterausschuss ein Hauptauswahreferat geworden. Die Länderkonferenz selbst ist nicht gefragt worden. Nach wie vor steht alles in der Luft. Inzwischen ist eine Beleuchtung des nunmehrigen Vorschlages geboten.“

Reichsregierung und preussische Zentralregierung sollen vereinigt werden: die preussischen Ministerien werden von den Reichsministerien übernommen, alle preussischen Behörden werden Reichsbehörden. Was das bedeutet, hat die Broschüre des Lutherbundes mit dankenswerter Offenheit festgestellt: der tatsächliche Einfluß Preußens auf die Reichsgeschäfte wird nicht geschwächt, da die Berater der preussischen Ministerien naturgemäß die Berater der Reichsministerien sein, auch wieder den „notwendigen“ Einfluß auf die Gesetzgebung bekommen, auch später wieder regelmäßig sich aus der Verwaltung in den Provinzen ergänzen werden. Die preussischen Provinzen sollen dementsprechend Provinzen des Reiches werden. Gesetzgebung erhalten sie nur, soweit besonders übertragen: Justizverwaltung, kirchliche Angelegenheiten, Unterricht, Polizei, innere Verwaltung bleibt in Berlin zentralisiert wie bisher. Dieselbe Stellung soll allen deutschen Ländern außer Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden zuteil werden; sämtliche kleineren Länder, einschließlich Hessen und Thüringen, sollen Provinzen des Reiches werden und damit dem nach Feststellung des Lutherbundes nicht geschwächten tatsächlichen Einflusse Preußens unterstellt sein. Verschämt wird freilich künftiger Entscheidung vorbehalten, ob Bedürfnis vorhanden sei für eine „dritte Länderform“ zwischen den Ländern alter und neuer Art“. Den vier südblichen Ländern gegenüber wird die Gesetzgebungsbezugnis des Reiches ausgedehnt auf die Grundgesetzgebung über allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungs-, Aufbau, Gemeindeverfassung, Prüfungswesen. Den vier Ländern sofort auch die Justizverwaltung abzugeben, wie es das Zuständigkeitsmehrheitsreferat im Unterausschuss unternommen hatte, ist nicht geglückt.

Soweit der Vorschlag des bis zum Main reichenden Berliner Zentralstaates: die großpreussische Zwischenlösung, deren Ausreifen zur Endlösung durch Vernichtung auch der vier südblichen Länder von den Zentralisten für die Zukunft erhofft wird und wohl auch nicht lange auf sich warten lassen würde.

Die wahre Natur dieser Großpreußenlösung wird wie in den früheren Referaten so auch jetzt in einer für sachliches Denken schwer erträglichen Weise unnebelt. Der Einheitsstaat ohne Gliederung des Reiches in Länder sei allgemein abgelehnt worden. Sehr begreiflich: denn da jene sog. „Länder neuer Art“ in Wahrheit Provinzen sind, kommt die Weisheit heraus, daß die Gliederung in Provinzen bestehen bleiben solle. Der Vorschlag redet von „neuzuschaffenden Ländern“, von einer „zweckmäßigeren Form für diese Länder“; während in Wahrheit die preussischen Provinzen keine Länder werden und die anderen Länder in Nord- und Mitteldeutschland vernichtet werden sollen. Der Vorschlag redet von „Landesverfassungen“, von „Landesregierungen“, während in Wahrheit nur Provinzialverfassungen in Rede stehen, und die Provinzialverwaltung den hoch klingenden Namen „Regierung“ genau in demselben Maße verdient, wie jede Stadtverwaltung oder Dorfgemeindeverwaltung. Aberaus befreudend wirkt es, wenn anfangs der Vorschlag die Zuständigkeit des Reiches scheinbar nur auf „all den Gebieten“ erhalten will, „in denen Lebensfragen des Reiches berührt werden: Auswärtiges, Heer und Marine, Finanzen, Reichsbahn und Reichspost“. Man glaubt vor einem weitherzigen föderalistischen Reformprogramm zu stehen; und man wird sich für die weitere Auseinandersetzung dieses Zugeständnis, das die Lebensfragen des Reiches nicht im Berliner Zentralstaat fordert, gewiß merken müssen. Aber in dem Vorschlag kommt, durch etliche Sätze von dem Besagten getrennt, die Zentralisierung aller andern Gebiete der staatlichen Verwaltung als Reichssache. Natürlich ist auch unent-

wagt geredet von der „Dezentralisation der gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Befugnisse der Länder“, von „möglichst weitgehender Dezentralisation an die Länderdienststellen“, während in Wahrheit der Vorschlag nichts enthält als Zentralisierungsmaßnahmen, soviel man durchsetzen konnte. Daß die ebenfalls wieder auftauchende „Auftragsverwaltung“ als angeblich „neue Art der Verwaltung“ lediglich eine mittelbare Zentralverwaltung darstellt, ist zu oft nachgewiesen worden, als daß bei irgend urteilsfähigen Politikern eine Verwechslung von Auftragsverwaltung mit wahrer Selbstverwaltung noch befürchtet werden müßte. Mit Vorliebe ist wieder vom Reichsrat gehandelt: von der Vertretung der Länder im Reichsrat, von der Instruierung der Reichsratsstimmen.

Da die Mitwirkung des Reichsrats bei der Bildung des Reichswillens nicht von entscheidender Bedeutung ist, so kostet ein Entgegenkommen auf diesem Gebiete die Zentralisten nichts. Röstlich ist die „Sicherung“ der vier südblichen Länder gegen spätere weitere Ausschaltung durch eine erschwerte Bestimmung über verfassungsändernde Abstimmungen im Reichsrat; während es soeben heißt: „Diese Ablehnung gilt jedoch nur für den Reichsrat“. Also der Reichstag macht hernach doch, was er will. Welche Freude wird in Süddeutschland herrschen über eine so großzügige Sicherung! Der Verfassungsausschuß meint schließlich, seiner Seite Zuzumutungen gestellt zu haben, die nicht getragen werden können. Zur Beleuchtung dieser Meinung mag das von der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber der Länderkonferenz geäußerte Bedenken dienen, daß man ja auch nicht den Delinquenten die Auswahl für die Art ihrer Hinrichtung überlasse. Sich hinrichten zu lassen, wird der Verfassungsausschuß doch als untragbare Zuzumutung gelten lassen müssen.

Bayern und Mecklenburg haben den Vorschlag abgelehnt. Noch bitterer als Ablehnung mag die Begründung der von Hessen und Thüringen geübten Stimmenthaltung durch den heftigen Staatspräsidenten gewirkt haben: für Länder wie Hessen und Thüringen habe man nur ganz allgemein gewisse Möglichkeiten theoretisch angedeutet; die Beschlüsse seien also insoweit nicht vollständig, und es sei ihm daher nicht ermdmöglich, sich an der Schlussabstimmung zu beteiligen.

Die vernichtende Kritik des Vorschlags hat freilich der Unterausschuß selbst geliefert in der Vorbemerkung zum Organisationsreferat da, wo sie die „dreifachen Nachteile“ der weiteren Behandlung der preussischen Provinzen als Provinzen zusammenstellt: den scharfen Gegensatz des norddeutschen Landes als Ganzem zu den übrigen Ländern; den schwerer wiegenden Gegensatz zwischen den norddeutschen Teilgebieten als Provinzen und den übrigen Ländern als Staaten, der zu Streitigkeiten anreizen würde, und die Erschwerung der Behandlung der kleineren norddeutschen Länder, deren Übergang in Provinzen schweren Hemmungen begegnen werde; daher es sich empfehle, die heutigen Provinzen als Länder zu behandeln. Man hat sie aber nicht als Länder behandelt, sondern als Provinzen. Im preussischen Gebiet, sagte der heftige Staatspräsident in der Begründung seiner Stimmenthaltung, „bleibt in allem Wesentlichen alles beim alten. Bei einer Differenzierung so hohen Ausmaßes zwischen dem Norden und dem Süden besteht kein Recht, davon zu reden, daß man auf dem Wege zur deutschen Einheit sei.“ Der Selbstwiderspruch zwischen der Vorbemerkung und dem Vorschlag zeigt deutlich an, worum es in Wirklichkeit geht: um das Streben, die Besetzung sämtlicher Beamtenstellen im Deutschen Reich unter den Einfluß der Berliner Großbürokratie und Parteizentralen zu bringen. Großpreußen soll werden, mag auch

Großdeutschland darüber zusehen gehen. Borussia necesse, Germania non necesse. Dieses Kennwort über dem Vorschlag der Mehrheit tritt ans Licht, nachdem der Rebel, mit dem man ihn umgeben hat, zerteilt ist.“

## Die Reichstagswahlen

### Die Nummerierung der Wahlvorschläge

Auf Grund der 5. Änderungsverordnung zur Reichsstimmordnung hat der Reichsminister des Innern für die Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstags bekannt haben, die Nummernfolge festgesetzt. Es führen

- Nr. 1 = Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- Nr. 2 = Deutsch-nationale Volkspartei,
- Nr. 3 = Zentrum,
- Nr. 4 = Kommunistische Partei,
- Nr. 5 = Deutsche Volkspartei,
- Nr. 6 = Deutsche Demokratische Partei,
- Nr. 7 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
- Nr. 8 = Bayerische Volkspartei,
- Nr. 9 = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
- Nr. 10 = Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei,
- Nr. 11 = Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung),
- Nr. 12 = Deutsche Bauernpartei,
- Nr. 13 = Landbund,
- Nr. 14 = Deutsch-nachbarische Partei,
- Nr. 15 = Sächsisches Landvolk,
- Nr. 16 = Volkserhaltende Vereinigung,
- Nr. 17 = Christlich-sozialer Volksdienst.

Reichswahlvorschläge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben und zu denen sich auch Abgeordnete des letzten Reichstages nicht bekannt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern weiter anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvorschläge beim Reichswahlleiter eingehen.

### Die Durchführung der Osthilfe

Um zu vermeiden, daß der Landwirtschaft durch die Verzögerung des Osthilfegesetzes Nachteile entstehen, hat sich der „Voss. Ztg.“ zufolge, jetzt Preußen mit einem festen Angebot an die Reichsregierung gewandt und ihr vorge schlagen, das volle Kreditrisiko für eine Summe von 100 Millionen zu übernehmen, die im Sinne des Osthilfegesetzes für Umschuldungszwecke vergeben werden sollen.

Demgegenüber soll die Reichsregierung lediglich, sobald nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages die gesetzmäßigen Voraussetzungen vorliegen, die Hälfte dieses Kreditrisikos übernehmen. Preußen will diese Mittel bis zur Höhe von 100 Millionen bis zum 31. Dezember 1931 über die preussische Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung stellen. Weiter soll dann dieser Zwischenkredit durch einen langfristigen Kredit abgelöst werden.

### Die Todesstrafe in England

W.D. London, 26. Juli. (Tel.) „Daily Herald“ berichtet, daß als Ergebnis der Beratungen des Sonderausschusses für die Abschaffung der Todesstrafe zum ersten Male in der Geschichte Englands vielleicht die Todesstrafe versuchsweise für eine bestimmte Zeit abgeschafft, und daß sie wieder eingeführt werden wird, wenn sich während dieser Zeit die Zahl der Morde erhöhen sollte. Die Minderheit des Ausschusses trat für ganze Abschaffung der Todesstrafe ein.

### Schweizerfahrt des „Graf Zeppelin“

DJ. Friedrichshafen, 26. Juli. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen 4.45 Uhr zu einer Schweizerfahrt gestartet. An Bord befinden sich 11 Passagiere. Nach einem Funkspruch von Bord beabsichtigt das Luftschiff, mit Rücksicht auf die außerordentlich günstige Wetterlage erst in den Nachmittagsstunden nach Friedrichshafen zurückzukehren. Am 9 Uhr überflog das Schiff bei herrlichem Wetter die schweizerische Bundeshauptstadt Bern.

## Der Aufmarsch zu den Wahlen

### Die Spitzenkandidaturen der Demokraten

Die Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei erörterten in einer Sitzung im Reichstag in Berlin am Freitag das taktische Vorgehen der Partei im Wahlkampf und die Spitzenkandidaturen in den einzelnen Wahlkreisen. An sicherer Stelle werden u. a. laudieren: Minister a. D. Koch im Wahlkreis Weiser-Ems, Staatssekretär a. D. Meyer in Berlin, Dr. Heut in Württemberg, Dr. Kütz. An der Spitze der Reichsliste stehen Frau Ministerialrat Dr. Bäcker und Lemmer.

### Die Antwort der Demokraten an Dr. Scholz

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat, wie erinnerlich, vor einigen Tagen an die Christlich-nationalen, die Wirtschaftspartei, die Gruppe Westarp und die Demokraten die Einladung zu einem „Zusammenfluß aller staatsbejahenden Parteien“ gerichtet. In seiner Antwort hat sich Koch-Weiser für die Demokratische Partei, laut „Voss. Ztg.“, mit betonter Zurückhaltung bereit erklärt, an der gewünschten Besprechung teilzunehmen, „er hofft, daß die Besprechung eine nähere Erklärung darüber fassen wird, was unter der Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte gemeint ist und warum die Besprechung gerade diejenigen Parteien umfaßt, die in Ihrem Rundschreiben erwähnt sind.“

### Schiele und Bogille aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ mitteilen, hat Reichsminister Schiele am Freitag seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Er wird der Landvolkpartei beitreten. Mit ihm dürften sich diejenigen landwirtschaftlichen Abgeordneten, die aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden sind, gleichfalls der Landvolkpartei anschließen.

Des Weiteren hat der württembergische Kultusminister, Reichstagsabg. Dr. Bogille, in einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

### Die Hugenbergpartei

Die deutsch-nationale Parteibertragung, die am Freitag in Berlin tagte, hat mit 283 gegen 4 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der Hugenberg und Oberfahren das Vertrauen ausgesprochen und ihre Verhandlungen mit dem Reichsminister gebilligt werden. Die Parteibertragung spricht ihr Bedauern über die Haltung des Reichslandes aus und kündigt an, daß die Deutsch-nationale Partei das Landvolk zur Entscheidung aufrufen will, ob es seine Zukunft besser innerhalb einer geschlossenen Partei oder durch eine in das System der Mitte sich eingliedernden Interessengruppe gewahrt wissen will.

Der Schluß der Entschließung lautet: „In Fortsetzung des von ihr mit Volksbegehren und Volksentscheiden eingeleiteten Freiheitskampfes tritt die Deutsch-nationale Volkspartei in neuer Kraft und Geschlossenheit in den Wahlkampf ein. Sie wird ihn führen, getreu ihren großen nationalen, christlichen und sozialen Zielen, getreu ihren monarchistischen Grundsätzen, getreu der Farbe Schwarz-weiß-rot.“

Woldemaras aus Kowno ausgewiesen. Wie die litauische Telegraphenagentur mitteilt, ist der ehemalige litauische Ministerpräsident Woldemaras auf Anordnung des Distriktkommandanten wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung gestern aus Kowno deportiert worden.

Die internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit, die in Genf tagt, hat, wie verlautet, grundsätzlich beschlossen, auf die Dienste des bisherigen Direktors des Instituts, Luchaire, endgültig zu verzichten. Nachfolger wird Henry Dunant, gegenwärtig Mitglied des Völkerbundsekretariats in Genf.

Aufruf der spanischen Arbeiterpartei. Die von dem früheren Minister im Kabinett Primo de Rivera, Unnos, gegründete spanische Arbeiterpartei erklärt einen Aufruf, in dem als Ziele der Partei bezeichnet werden: Befreiung der Arbeiter vom Kommunismus, Befreiung der Löhne der spanischen Arbeiter, damit diese nicht mehr auszuwandern brauchen, Teilnahme der Frauen an den Regierungsgeschäften, internationale Einigung zur Befreiung des Krieges.

## Bayreuth 1930

### I.

Seit Dienstag grüßt von der Altane des Festspielhauses wieder die Wagnerische Hausstandarte, auf weißem Feld ein rot-ornamentales „W“; die große Saison der Bayreuther Bühnenfestspiele hat damit offiziell begonnen, zu der heuer rund 80 000 Fremde aus aller Welt erwartet werden. Man rechnet allein mit dem Besuch von 7000 Amerikanern, aber auch aus Frankreich, Holland, England und insbesondere Italien ist diesmal der Zuzug auffallend stark, das Ertruglichste jedoch, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Lage selbst aus Deutschland fortgesetzt zahllose Besucher einlaufen, die freilich nur zum Teil noch berücksichtigt werden können, obwohl durch den Einbau einer Zwischengalerie (mit 60 neuen Plätzen) das Haus jetzt 1600 Personen bequem zu fassen vermag.

Was bedeutet dieser ungeheure Andrang und diese Refordziffer von Besuchern, die für den Sommer 1930 schon hinsichtlich des Bayreuther Fremdenverkehrs die höchsten Erwartungen übertrifft? Nun, es ist eine ungewöhnlich klare Antwort an diejenigen, die da immer wieder behaupten, die Aufgabe, das Werk Wagners in eine veränderte Zeit hineinzustellen, werde in Bayreuth nicht mehr gelöst, und manchen Wünschen zum Trotz offenbar sich darin doch gerade, wie ungetrohen die Stimmung für ein solches, der Idee des Gesamtkunstwerkes entsprungenes Kunst- und Theaterfest heute noch ist und wie nachhaltig ein Bayreuther Erlebnis im Grunde eigentlich wirken muß, wenn es ihm stets aufs neue gelingt, die musikalische Elite aller Kulturländer so in Mafsen anzuziehen. Das ist jedenfalls etwas ganz anderes als eine bloße romantische Erinnerung, das ist nicht nur eine an geweihter Stätte dem Genius Wagners dargebrachte Huldigung, vergleichbar dem ehrfürchtigen Schauer, der uns wohl auch auf der Marzochöhe der Akropolis oder vor den Trümmern des Forum Romanum befällt, sondern unmittelbarer Beweis der Lebenskraft seiner Werke selbst, die obenrein von Bayreuth als Korrekionsanstalt her ihre vorbildbühnliche, auf Keinerlei erstarrte „Festspiel“-Formel festgelegte Fassung zurückgewinnen.

Im roten Ziegelbau am Fränkischen Wald, dessen hügelige Umgebung sich übrigens zu beiden Seiten der Auffahrtsallee jetzt aus einer Art Wildnis in schöne, gärtnerische Anlagen gewandelt hat, wiederholt man aus früheren Spieljahren „Tristan“ (dreimal), „Parsifal“ (fünfmal) und die zehnjährige Aufführung des „Ring des Nibelungen“ gewohntermaßen zweimal. Wie weit diese Wiederholungen zugleich Steigerung und Vervollkommenung sowohl in den gesanglichen Leistungen wie in szenischen Verbesserungen bringen, davon soll später

noch die Rede sein, heute mag es genügen, von der glanzvollen Neuestudierung des

### „Lannhäuser“

allein zu berichten, mit dessen Aufführung das Festspielhaus überaus eindrucksvoll den Gästen aus nah und fern seine Pforten öffnete. Denn man sah der Wiederaufnahme dieses Wertes in den Bayreuther Spielplan, auf dem es zum letzten Mal 1904 erschienen war, mit allergrößter Spannung entgegen, sollte doch dabei erstmals der berühmte langjährige Dirigent der Mailänder Scala, Arturo Toscanini, aus Pult des Festspielhauses treten, und war doch auch bekanntgeworden, daß Siegfried Wagner diesem „schwierigsten und lothseligsten Wert“ seines Vaters in sorgfältiger Vorbereitungsarbeit eine szenische Einrichtung zu geben suchte, die das darstellerische Problem stützende lösen werde. Ja, im Augenblick der Aufführung erhöhte die Tatsache, daß der von Wagner selbst eingeleitete Erbe und Hüter seines Hauses, weil er gerade diesem Wert all seine Kräfte gewidmet hatte, der Stätte liebgewordener Tätigkeit leider fernbleiben mußte und mit sehr ernster Krankheit rang, noch wesentlich die feierliche Stimmung und gab erst am Schluß einer freilich desto dankbareren, aus ehrlichem Herzen und tiefer Überzeugung kommenden Ergriffenheit Raum.

Der „Lannhäuser“ gelangt in der sogenannten „Pariser“ Bearbeitung zur Wiedergabe, in jener teilweise Neugestaltung also, zu der sich Wagner nicht nur durch die Ereignisse in Paris selbst veranlaßt, sondern vielmehr aus der Erkenntnis gedrängt fühlte, daß erst die Tristan-Technik ihn reif gemacht habe, für die Venusbergsgene die notwendige musikalische Farbenpracht herauszubekommen. Kein Wunder daher, daß sein genialer musikalischer Nachschöpfer in der Blut des Bacchanals einen ersten entscheidenden Höhepunkt vermittelte, aber seinem glühenden Enthusiasmus für Wagner nicht minder schon im Vorspiel, dann beim Einzugsmarsch der Gäste oder gar beim Gebet der Elisabeth herab den Ausdruck gab. Wo immer man überhaupt hinsah, erlebte man Überraschungen erlebter Art: es ist wirklich nicht zuviel gesagt, wenn man den Klangstrom, der da aus der Tiefe des Orchesters aufzukam, einzigartig nennt. Sogar die dem Ohr geläufigsten Takte erhielten durch diesen Zauberer am Pult ganz neue Farben, und die Ergtheit der Phrasierung ward ebenso erstaunlich wie die verzeerende rhythmische Kraft so mancher bekannter Stellen. Toscanini wurde mit Recht für solche geistige Durchdringung der gesamten Partitur in einem für das Festspielhaus ganz ungewöhnlichen Ausmaß geliebt.

Ebenbürtig seiner hervorstechenden, an Intensität und abschattierten Nuancen kaum zu übertreffenden Dirigentenleistung — um so unfaßlicher, da er der Untrüglichkeit seines Gedächtnisses ausschließlich vertraute, und auswendig diri-

gierte — waren Szenenaufbau und Regie, eine Großtat Siegfried Wagners, nach dessen Angaben sowohl die prächtigen, von Kurt Schmalein gemalten Dekorationen plastische Gestalt gewannen, wie auch die Bühnenvorgänge einheitlich durchdachtes Leben, nach dem man anderwärts vergeblich sucht. Er hatte auch richtig erkannt, daß für die traditionelle Bedeutung Bayreuths eine Mitwirkung der Rudolf-von-Laband-Schule kein Hindernis war, wenn schon natürlich, um jede Stillschwenkung zu vermeiden, die beteiligten Tänzer und Tänzerinnen von vornherein im Bacchanale einen Mittelweg einschlagen mußten und als symbolhafte Ballettgruppen vielleicht nicht ganz diesem Teil die letzte denkbare choreographische Auffrischung geben konnten. Unter den Solisten war vor allem Maria Müller (Elisabeth) von höchstem Bayreuther Niveau. Mit einigen, und zwar ziemlich großen Abstand ist hinter ihr der Lannhäuser von Sigismund Bilinski zu erwähnen, der nicht nur infolge stimmlicher Indisposition hartes Unbehagen hervorrief. Das übrige Ensemble zeigte sonst noch Künstler von Format, wie man sie so leicht nicht wiederfindet, u. a. Gerber Janßen (Wolfram), Juar Andrißen (Landgraf), Ruth Post-Arden (Venus) und Erna Berger (Sintantnabe). Ganz besonders verdienen außerdem noch die Chöre, von Prof. Hugo Mühl unermüdlich gefußt und zu höchster tonlicher Präzision und schönster Klangpracht entfaltet, hervorgehoben zu werden; zumal dem zweiten Akt, bei dem sich auch die kostümliche Erneuerung (Daniela Thode) sehr vorteilhaft auswirkte, nicht minder aber der Schlussszene behelfen sie zu grandiofer, schlagend unerreichter Eindrucksraft. S. Sch.

W.D. Bayreuth, 26. Juli. (Tel.) Die Festspiele nahmen mit einer „Parsifal“-Aufführung vor abermals ausverkauftem Hause ihren Fortgang. Die meisterhafte Regie Siegfried Wagners und die der Bayreuther Tradition entsprechende hervorragende Orchesterleitung Dr. Carl Mudd führten zu einer von acht Bayreuther Geist erfüllten Festspielstimmung. Die Kundry spielte erstmals Frau Maria Ködler-Kaufmann, den Parsifal Gunnar Graub. Die Festspielgemeinde stand ganz und gar im Banne des Bühnenweißfestspiels.

Und doch Theater in Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg hat heute, Samstag, vormittag den neuen Vorschlag des Theaterintendanten Dahn, ihn zum Stadttheater als Nachttheater mit einem Zuschuß von nur 20 000 M zu verpacken, grundsätzlich zugestimmt. Die letzte Entscheidung wird der Bürgerausschuß zu treffen haben, dem eine entsprechende Vorlage zugegangen ist.

Emil Claar †. Der frühere Intendant der Frankfurter Bühnen, Prof. Emil Claar, ist gestern im Alter von 88 Jahren gestorben. Claar hat die Frankfurter Theater fast 38 Jahre geleitet.

## Aus den Ländern

### Ministerprovisorium in Bayern

Im bayerischen Landtag erklärte am Freitag zum Schluss der Plenarsitzung Ministerpräsident Dr. Held, daß sich das Gesamtministerium entschlossen habe, den Minister des Innern, Dr. Stügel, mit der Leitung des Staatsministeriums für Landwirtschaft und Arbeit bis auf weiteres zu betrauen und den Staatssekretär und Leiter der Abteilung Arbeit, Oswald, dem Minister beizugeben. Diese Mitteilung nahmen die Sozialdemokraten mit Widerspruch auf und erklärten, die Verfassung verlange die Einwilligung des Landtages. Diesen Einspruch erklärte Dr. Held als irrig, da es sich nicht um die Neubestellung, sondern um die Übertragung der Leitung eines Ministeriums in provisorischer Weise handele. Die Nationalsozialisten vertreten die gleiche Meinung wie die Sozialdemokraten. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen, die Entscheidung über diese Frage zurückzustellen.

### Festsetzung der Berliner Steuerzuschläge durch den Oberpräsidenten

Auf Grund des § 59 des Kommunalabgabengesetzes hat der Oberpräsident, wie aus Berlin gemeldet wird, bereits jetzt die folgenden Steuerzuschläge für Berlin festgesetzt: Grundvermögenssteuer 275 Proz., Gewerbesteuer 510 Proz., Lohnsummensteuer 1250 Proz. Diese Steuerzuschläge sind mit Ausnahme bei der Gewerbesteuer, die der Magistrat zuletzt mit 555 Proz. erhöhen wollte, höher, als dies von den Stadtverordneten abgelehnten Vorschläge des Magistrats. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer zieht automatisch eine durchschnittliche Mietsverteuerung um 3 Proz. nach sich, da bekanntlich die Grundvermögenssteuer vom Hausbesitzer auf die Mieter abgewälzt wird. Die Erhöhung der Lohnsummensteuer trifft die Arbeitnehmer nicht, da diese Steuer vom Arbeitgeber zu tragen ist.

### Das Koblenzer Unglück

#### Die amtliche Untersuchung

Die amtliche Untersuchung ergab, daß die Brücke, die die Einfahrt zu einem Bauhafen überbrückt, im Jahre 1887 erbaut worden und nicht für den allgemeinen Verkehr bestimmt war. Die Menschenmassen kamen auf dem Leinpfad, der im Zuge der Brücke liegt, und der, weil er kein öffentlicher war, auch keine Beleuchtung hatte zur Brücke. Infolge der Überlastung wurden die Schrägstützen der Brücke vollständig unter Wasser gedrückt und die Brücke kenterte. Die polizeilichen Ermittlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß es sich um einen tragischen Unfall handelt, der sich bei der Verteilung unglücklicher Umstände jeglicher menschlichen Voraussicht entzog.

### Kleine Chronik

Der Europarundflug hat am Freitag mit seiner Spitze über München, Wien und Prag Breslau erreicht.

In einem Waffengeschäft in der Jägerstraße in Berlin, wo ein Herr von Heering, der eine Expeditionreise unternommen wollte, sich Gewehre und Revolver zeigen ließ, löste sich plötzlich ein Schuß, durch den der Verkäufer Kraus auf der Stelle getötet wurde.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatte sich der Arbeiter Alfred Ruff aus Weissenau in Berlin zu verantworten. Er hatte in mehreren Fällen Frauen nachts auf der Landstraße bei Weissenau überfallen und auf seine Opfer, wenn sie sich wehrten, zwei dressierte Doggen gehetzt. Die Hunde stellten die Frauen und verletzten einen Widerstand. Er erhielt ein Jahr und einen Monat Gefängnis.

Der ehemalige deutsche Schlachtkreuzer „Sindenburg“, der wie gemeldet, von den Engländern in der Bucht von Scapa Flow gehoben worden war, ist beim Abschleppen unweit der Bucht bei der Insel Hoy auf Grund geraten.

Die in Berlin zu einem Stappensflug nach Amerika auf einem Kleinflugzeug gestarteten deutschen Flieger sind auf dem Flugplatz Grawden eingetroffen.

In Dänkirchen wurde ein wegen Ermordung eines Müllers zum Tode Verurteilter hingerichtet. Bevor das Beil der Guillotine fiel, rief der Verurteilte aus: „Voll von Dänkirchen, ich bin unschuldig!“

Der Direktor des Lössener Flugplatzes ist durch die Explosion einer Leuchttratte, als er bei dem nebligen Wetter den Europapfliegern den genauen Landeplatz zeigen wollte, tödlich verunglückt.

Während einer militärischen Flugübung in Mexiko explodierte die Maschine eines Flugzeuges und rief beim Abbruch ein mitschwebendes Flugzeug mit hinab. Beide Flugzeuge fielen auf einen Turmplatz. Die vier Insassen waren sofort tot und ein Mann, der auf dem Turmplatz Handball spielte, wurde gleichfalls getötet.

In Pinoteja im mexikanischen Staate Oaxaca wurden Donnerstagabend mehrere Erdstöße, denen ein unterirdisches Rollen und wolkenbrudriger Regen vorausging, verspürt. Die Bewohner fürzten, von einer Panik erfaßt, auf die Straßen. Todesopfer werden nicht gemeldet.

Im Vergnügungspark Krug-Park in Omaha stürzte ein Bierwagenzug einer Berg- und Talbahn aus 12 Meter Höhe ab. Von den Insassen waren vier auf der Stelle tot, 19 wurden verletzt, davon 3 schwer.

## Handel und Wirtschaft

**Wirtschaftsnot im Mannheimer Gasengebiet.** Seit einigen Monaten lagern in sämtlichen Lagerhäusern Mannheims und Ludwigshafens gewaltige Mengen deutschen Roggens, die den Mühlen auf Grund des im Rahmen der landwirtschaftlichen Nothilfe gebotenen Beimahlungszwanges zugewiesen werden. In jedem der Lagerhäuser sind Tausende von Tonnen. Die großen Mengen leiden trotz der nur 40 bis 50 Zentimeter hohen Schichtung unter dem langen Lagern, und erfordern fortgesetzte Wartung (Umstaufen usw.). So mußte bereits Beimahlungsstopp, der für den Beimahlungsstopp unbrauchbar geworden war, mit Eofin gestrichelt und als Futtermittel abgegeben werden. Durch das Daniederliegen der Wirtschaft ist in den Mannheimer-Ludwigshafener Expeditionsbetrieben im Gasen ein großer Arbeitsmangel bedingt. Es verlauteit, daß in mehreren Mühlenwerten BetriebsEinstellung bzw. Einschränkung bevorsteht.

**Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.** Im gerichtlichen Liquidationsverfahren am Freitag wurde mitgeteilt, daß der den Gläubigern der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe vorgelegte Vergleich angenommen worden ist. Die stimmberechtigten Forderungen betragen 709 784 M., für den Vergleich haben genehmigt 483 Gläubiger mit 591 850 M. Forderungen, dagegen 69 Gläubiger mit 77 875 M. Die gesetzlich erforderliche Dreiviertelmehrheit ist also erreicht und somit der Vergleich angenommen. Dieser Vergleich sieht die volle Befriedigung der Forderungen bis 300 M., im übrigen eine Quote von 5 Proz., an die vom Verfahren betroffenen Gläubiger vor. Wie sich schließlich die gesamte zur Verteilung gelangende Quote stellen wird, kann jetzt noch nicht beurteilt werden.

## Badischer Teil

### Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenensfürsorge in Karlsruhe

Vor einigen Tagen fand im Übergangshaus in Karlsruhe die Mitgliederversammlung des Bezirksvereins für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenensfürsorge statt. Der Ort der Versammlung bot zunächst Gelegenheit, das von der Justizverwaltung vor 2 Jahren im ehemaligen Militärarresthaus (Gottesauer Straße 37) eingerichtete staatliche Übergangshaus für Straftateneinsteiger zu besichtigen. Das Heim dient zur Aufnahme männlicher volljähriger Entlassener, die ohne Arbeit, Unterkunft und ausreichende Mittel sind. Bei einer Beschäftigungsfähigkeit von 17 hat es zur Zeit 11 Insassen.

Aus dem Geschäftsbericht des Vereins ist folgendes hervorzugehen: Die Geschäftsstelle wurde im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit persönlichen Veränderungen nach der Pfaffenstraße 9 (Gefängnisdirektion) verlegt. Neben den teilweise noch in Entwicklung befindlichen Arbeitsgebieten des Jugendschutzes und der Gerichtshilfe weist die Gefangenens- und Entlassenenfürsorge, der Schwerpunkt der Tätigkeit, einen erheblichen Umfang auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im vergangenen Jahr aus verschiedenen Gründen bezüglich der Ausgaben Zurückhaltung notwendig war. Es wurden im ganzen 861 Gefangene und Entlassene oder Familien von solchen unterstützt. Bargeld oder Gutscheine für Lebensmittel usw. wurden in 520 Fällen ausbezahlt, Gutscheine für Fahrkarten in 76 Fällen. Sachleistungen wurden in 133 Fällen gewährt. Die Unterbringung in Heimen erfolgte in 67 Fällen. Einen bemerkenswerten Umfang zeigte auch die meist durch Inanspruchnahme der Arbeitsämter vermittelte Arbeitsvermittlung, deren Erfolg aus allgemeinen Gründen leider nicht erheblich sein konnte. Fürsorgefälle sonstiger Art, z. B. Einlösung von Gegenständen, waren 88 zu verzeichnen. Aus dem Kassensbericht ging hervor, daß das Vereinsvermögen am Ende des Geschäftsjahres 179 M betrug, eine recht bescheidene Summe.

Zur Zusammenfassung aller auf dem Gebiet des Jugendschutzes, der Gerichtshilfe und der Gefangenensfürsorge tätigen Vereinigungen wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die gleichzeitig als Ausschuss dem Vereinsvorstand zur Unterstützung und Beratung zur Seite stehen soll. Der Ausschuss besteht, vom engeren Vorstand abgesehen, aus den Vertretern des Gv. Jugend- und Wohlfahrtsdienstoffes, des Bad. Frauenvereins und der Arbeiterwohlfahrt, ferner gehören ihm ein Richter und ein Staatsanwalt an. Zur Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses werden auch die Vertreter des Fürsorgeamtes, des Bezirksfürsorgeverbandes, der Kreisverwaltung, des Arbeitsamtes, ferner die Geistlichen, Ärzte und Inspektoren der Gefängnisse hier zugezogen. Die erfreuliche Mitarbeit, mit der sich die Vereinigungen und Behörden zur Mitarbeit an den Bestrebungen des Vereins zur Verfügung gestellt haben, verdient mit Genugtuung und Dank hervorzuheben zu werden.

Der Übergang des Erziehungsheimes Schloss Stutensee vom Bezirksverein Karlsruhe auf den Badischen Landesverband für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenensfürsorge wurde genehmigt.

Der Vorstand setzt sich nach den stattgefundenen Wahlen wie folgt zusammen: Vorsitzender Regierungsrat Dr. Wiegler, Direktor der Bezirksgefängnisse Karlsruhe, stellvertretender Vorsitzender Jugendpfarrer Kappes, Leiter des Gv. Jugend- und Wohlfahrtsdienstoffes Karlsruhe, Schriftführer, Kassen- und Rechnungsführer Justizoberinspektor Wiegler bei der Gefängnisdirektion Karlsruhe.

Der bisherige Vorsitzende des Vereins, Landgerichtspräsident Dr. Weiler, der den Verein volle 25 Jahre geleitet hat, wurde in Anerkennung seiner großen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den Worten des Dankes für die Erschienenen und mit der Aufforderung, für die Bestrebungen des Vereins auch in der Allgemeinheit zu werben.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Billiger Ausstellungstag!

Einen billigen Tag gewähren die drei Ausstellungen, welche zur Zeit noch in der Ausstellungshalle zu sehen sind: „Deutscher Lebenswille“, „Deutsche Kolonien und Marine“ und „Bad. Kunstschaffen“. Der Eintrittspreis für alle drei Ausstellungen beträgt für Samstag und Sonntag nur 50 Pf. Es sollte niemand sich diese günstige Gelegenheit entgehen lassen. Man wird selten in der Stadt, Ausstellungshalle so viel Lehrreiches und Interessantes sehen können.

Schon allein der Besuch der Ausstellung „Deutscher Lebenswille“, veranstaltet von der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung in Karlsruhe, lohnt sich. In fünf Abteilungen wird der Besucher durch die verschiedenen Stappen deutschen Lebens in den letzten zwölf Jahren geführt. Schon die Abteilung „Volk, Raum und Staat“ weckt größtes Interesse. Die Darstellung der Bevölkerungsbewegung, der Lebensdauer und des beruflichen Aufbaues des deutschen Volkes stellt uns vor Tatsachen, welche wir bisher nicht gekannt und nicht beachtet haben. Das Verhältnis des Staatsbürgers zum Staat wird an zahlreichen Karten und Modellen in hochinteressanter Weise aufgezeigt. In erschütternden Bildern wird der Besucher mit den Wirklungen des Versailler Vertrages, mit dem Stand der Abrüstungsfrage, mit den Folgen des Währungszerfalles des Jahres 1923 vertraut gemacht, und staunend kann er den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltpolitik und die Weltwirtschaft schauen.

Neben diesen politischen Grundlagen der Gegenwart wird auch das Ringen um den wirtschaftlichen Wiederaufbau dargestellt und hierbei großer Wert darauf gelegt, die deutsche Agrarfrage in Ursache und Wirkung zu zeigen. Aber auch die anderen Berufsgruppen kommen zu ihrem Rechte. Handel und Industrie, Mittelstand und Arbeiterfrage werden ebenso in ihrem Lebenswille veranschaulicht, wie das Reparationsproblem eine durchaus sachliche, aber ganz einfache und klare Erläuterung findet. Der Sozialpolitiker ist eine ganz besondere Abteilung gewidmet, ebenso der deutschen Jugendbewegung und Deutschlands Kulturleistungen. Hier atmet der Besucher froh auf, weil er staunend erkennt, daß deutscher Lebenswille stark genug ist, trotz aller Bedrücknisse und Hindernisse sich durchzusetzen und mit den anderen Nationen nicht nur gleichen Schritt zu halten, sondern ihnen sogar voranzugehen. Die in der Ausstellung untergebrachten Modelle und Tafeln finden ob ihrer Sachlichkeit und der Eindringlichkeit ihrer Sprache größtes Interesse und bei den Sachverständigen uneingeschränktes Lob.

Der Besuch der Ausstellung kann daher nur empfohlen werden. Es ist einmal etwas anderes, was hier geboten wird. Keine Spielerei, sondern ein Ausschnitt aus dem deutschen Schaffen während der letzten Jahre. Niemand wird die Ausstellung verlassen, ohne von der Fülle des Gebotenen überrascht und hochbefriedigt zu sein. Daselbe kann von den beiden anderen Ausstellungen ebenso gesagt werden.

**Verfassungsfeier.** Zur Feier des Verfassungstages wird Montag, den 11. August d. J., abends, nach Beschluß des Stadtrats, ein Gartenfest im Stadtpark mit Konzert, Gesangsvorträgen und bengalischer Beleuchtung des Sees und der Anlagen veranstaltet. Bei schlechtem Wetter, findet die Veranstaltung, abgesehen von der Beleuchtung, im großen Festhallsaal statt.

**Der Einbrecher und Juwelendieb Sandowitsch festgenommen.** Nunmehr wird amtlich bestätigt, daß es sich bei dem in der Nacht zum Freitag bei einem Einbruch in einer Villa festgenommenen Einbrecher, der sich Hans Grandke aus Berlin nannte, um den berüchtigten Einbrecher und Juwelendieb Sandowitsch aus Riga-Berlin handelt. Die Polizei teilt dazu mit: Es hat sich die Vermutung als richtig herausgestellt, daß der festgenommene Fassadenletterer und Einbrecher mit dem berüchtigten 35jährigen Seemann Herbert Sandowitsch aus Riga, einem der gefährlichsten internationalen Verbrecher, identisch ist, der auch schon in Amerika mehrfach zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden war. Sandowitsch war wiederholt ausgeschrieben, nachdem er erst im Februar d. J. und zum zweitenmal in der Nacht zum 26. Juni aus dem Staatsgefängnis in Regal bei Berlin entwichen war. In den Auschreiben wurde besonders vermerkt, daß bei der Festnahme Vorsicht geboten sei, da es sich um einen gewalttätigen Menschen handele. Sandowitsch hat auch die kürzlich gemeldeten Einbrüche in der Richard-Wagner-Straße und in der Beiertheimer Allee hier verübt.

**Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Nach Weiterzug des mitteleuropäischen Tiefes in nordöstlicher Richtung ist über Frankreich in Verbindung mit einem Zwischenhoch Besserung des Wetters eingetreten. Auch in Westdeutschland hat der Regen bereits nachgelassen. Ob die Besserung auch den Sonntag überdauern wird, hängt von dem weiteren Verhalten einer vor der englischen Küste erschienenen atlantischen Zyklone ab, die nach dem Kontinent vorzustoßen versucht. Voraussage: Zeitweise aufheiternd, höchstens vereinzelt noch leichter Regen, schwache südliche Winde und etwas wärmer.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**ld. Mannheim, 26. Juli.** Frau Henriette Hellmann, geb. Kaufmann, eine alte Mannheimerin, die während des deutsch-französischen Feldzuges 1870/71 als freiwillige Pflegerin im Felde tätig war, hat vom Reichspräsidenten von Hindenburg anlässlich ihres 80. Geburtstages ein Glückwunschschreiben erhalten. Frau Hellmann, die ihren 80. Geburtstag nach bei voller Gesundheit feiern darf, war eine der wenigen Mannheimer Frauen, die damals mit den Truppen hinausgezogen, um draußen den schweren Dienst einer Pflegerin zu übernehmen. Sie ist wegen ihrer Verdienste auch mehrfach ausgezeichnet worden.

**D. Mannheim, 26. Juli.** Gestern nachmittag gegen 4 Uhr hat der 26 Jahre alte Tagelöhner Albert Kuffer seinen 20 Jahre alten Schwager Emil Lipp während eines Streites im Anwesen in der Hochuferstraße mit einer Selbstlade-pistole einen Schuß in die Stirne beigebracht, so daß Lipp bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus hier gestorben ist. Der Täter wurde in Haft genommen.

**\* Pflözingen, 25. Juli.** Mit dem Direktor des Erziehungsheims verläßt auch Oberrechnungsrat Holberer dieser Tage Pflözingen, um die Verwaltung des Zuchthauses Bruchsal zu übernehmen. Aus diesem Anlasse brachten die Höglinge des Heims durch ihre Kapelle Herrn Holberer am Mittwochabend ein wohlgeklungenes Ständchen. Anschließend verammelten sich sämtliche Anstaltsbeamte im „Adler“ zur Abschiedsfeier. Die von Oberlehrer Glafer namens der Anstaltsleitung und der Beamtenschaft gewidmeten Worte des Abschieds gaben dem Ausdruck, daß die Anstalt in Herrn Holberer einen aufrechten, offenen und kenntnisreichen Beamten verliere, der sich durch seine Liebenswürdigkeit und sein zuvorkommendes Wesen die Achtung aller erwarb. Musikvorträge der Herren Geißler und Licht sowie des Beamtensquartetts umrahmten das Ganze.

**ld. Badenweiler, 25. Juli.** Reichskanzler a. D. Dr. Marx ist in Badenweiler zu einem Kuraufenthalt eingetroffen und hat im Hotel „Haus Baden“ Wohnung genommen.

**ld. Zell i. B., 26. Juli.** Aus der Seidenweberei Zimmerlin & Forcart sind am Freitag 105 Arbeiter und Arbeiterinnen neu ausgeschieden. Die Verhandlungen, um trotz aller Schwierigkeiten den Betrieb dennoch weiterführen zu können, die von den Gewerkschaften, der Stadtverwaltung, dem Staat und den Finanzbehörden mit der Fabrik geführt werden, sind noch nicht beendet. Man hofft aber doch, diese zu einem guten Abschluß zu führen.

**ld. Offenburg, 26. Juli.** Wenn auch die Obsternie in diesem Jahre in der Ortenau sehr schlecht ist, so soll doch die Herbstmesse wieder stattfinden.

**W.D. Cannstatt, 26. Juli.** Der Stuttgarter Kriminalpolizei gelang es, auf dem Bahnhof Cannstatt eine aus fünf Personen bestehende Einbrecherbande dingfest zu machen. Es handelt sich um gefährliche, teilweise auch schon erheblich vorbestrafte Burschen, die der Polizei als gewerbsmäßige Ladendiebe und Geschäftseinbrecher bekannt sind. Die Bande hat ihren Wohnsitz an der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien. Aus den Stuttgarter Fällen, sind auch noch zahlreiche andere in Württemberg, Preußen, Thüringen, Baden und der Tschechoslowakei verübte Einbrüche aufgeklärt.

## Staatsanzeiger

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Oskar Schöml in Konstanz zum Amtsgerichtsrat in Donaueschingen, Gerichtsassessor Dr. Ernst Schott zum Staatsanwalt am Landgericht Konstanz.

Zurückgenommen:

Die Versetzung des Justizrats Karl Schöpf in Vogberg nach Gengenbach.

Zur Ruhe gesetzt:

Amtsgerichtsrat Wilhelm Wühling in Donaueschingen auf Antrag und Justizsekretär Wilhelm Englert beim Notariat Bruchsal, beide bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Rechtsanwalt Erwin Wannenmacher in Bruchsal auch bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, die Gerichtsassessoren Dr. Karl Meier beim Landgericht Mannheim, Dr. Kurt Spiegel beim Landgericht Heidelberg, Max Kahn beim Amtsgericht Bruchsal, beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, die Gerichtsassessorin Frau Hildegard Schöffel geb. Kramp beim Landgericht Mannheim.

### Gemeinderundschau

Der Mannheimer Bürgerausschuss bewilligte in seiner wahrscheinlich letzten Sitzung vor den Neuwahlen rund 330 000 Reichsmark für einen Schulhausneubau in Waldhof.  
Der Heidelberger Bezirksrat gegen übermäßige Reflamé- sucht. Der Bezirksrat Heidelberg nahm neuerdings Stellung

gegen das Übermaß einer sich gegenseitig steigenden Reflamé- sucht, das im Interesse des Orts- und Landschaftsbildes im bisherigen Umfange nicht mehr geduldet werden könne. Eine große Anzahl von Betriebsangehörigen, darunter Rekonfessionen, wurden erstmals in Anwendung der strengeren Bedingungen des neuen Gaststättengesetzes erledigt.

Bürgermeister Weiskopf in Weiskopf zurückgetreten. Bürgermeister Weiskopf hat in der Gemeindeversammlung am Donnerstag, 24. Juli, erklärt, daß er auf 31. August von seinem Amte als Bürgermeister zurücktreten werde. Hierauf beschloß der Gemeinderat mit schwacher Mehrheit, gegen die Stimmen des Zentrums, die Bürgermeisterwahl auf Sonntag, den 17. August, festzusetzen.



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine  
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

MANNHEIM

Q7, 23  
Fernsprecher:  
Mannheim 28723/28887

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters.

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik), BRESLAU, Kaiser- Wilhelm-Str. 88-90, DORTMUND, Südwall 29, DRESDEN, Neustädter Markt 11, DOSSELDORF, Wilhelmplatz 12, ERFURT, Mainzerhofplatz 13, FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2, HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31, HANNOVER, Am Schiffgraben 15, KÖLN, Weißburgerstr. 78, Ecke Reichenspergerplatz, LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II, MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 14, MANNHEIM, Q7, 23, MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhofer), NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III, STÜTTGART, Tübinger Straße 33

Gottesauer-  
straße 8 Tel. 5148 u.  
5149

Besuchen Sie die besteingerichtete  
**FAHRSCHULE**  
der  
Bad. Kraftverkehrs-Gesellschaft m.b.H. Karlsruhe  
MODERNE LEHRWAGEN  
12/55 Mercedes-Benz 10/50 Mercedes-Benz  
4/20 OPEL 482

Linksteuer Kugelschaltung  
Jederzeit systematische Kurse und Einzelausbildung

PORPHYRWERK  
DOSENHEIM

HANS VÄTTER  
DOSENHEIM A. S. BERGSTR.

LIEFERT AUS SCHLOSS- u.  
HECKENMARKBRUCH  
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-  
MATERIAL

**Nehmen Sie**

bitte bei allen Einkäufen  
und Bestellungen Bezug  
auf die Anzeigen in der  
„Karlsruher Zeitung“

### Zwangsvorsteigerung.

— 6 V. 9/30 —

Im Zwangswege versteigert das Notariat VI  
Karlsruhe

am Donnerstag, dem 16. Oktober 1930,  
vormittags 9 Uhr

im Rathause zu Staffort die Grundstücke des Julius  
Meier, Landwirt in Staffort, auf Gemarkung Staffort.  
Die Versteigerung wurde am 10. April 1930 im  
Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die  
Grundstücke samt Schätzung kann jedermann ein-  
sehen. Rechte, die am 10. April 1930 noch nicht im  
Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der  
Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten,  
anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers  
glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten  
Gebot nicht und bei der Erbteilungsverteilung erst nach  
dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen  
Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Ver-  
steigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag  
aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt  
für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle  
des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch von Staffort Band 13 Heft 9:  
Lsg. Nr. 11: 9 a 37 qm Hofreite und Hausgarten,  
Büchenauer Straße 22.

Auf der Hofreite steht:

Ein einstöckiges Wohnhaus mit Eisenbalkenteller,  
ein Schopf mit Schweineställen und eine Scheuer mit  
Stallung.

Schätzungswert: 13 000 RM.  
Schätzungswert mit Zubehör: 13 030 RM.

Lsg. Nr. 1063: 7 a 59 qm Wiese, Gewann Nie-  
wiesen

Schätzungswert: 450 RM.  
Lsg. Nr. 8031: 12 a 65 qm Ackerland, Gewann  
zwischen dem Rain,

Schätzungswert: 900 RM.

Lsg. Nr. 2435: 14 a 67 qm Ackerland, Gewann  
Kleinfeld,

Schätzungswert: 1 100 RM.

Lsg. Nr. 867: 8 a 10 qm Ackerland, Gewann Auß-  
baumacker,

Schätzungswert: 600 RM.  
Karlsruhe, den 21. Juli 1930. Q. 743

Badisches Notariat VI — als Vollstreckungsgericht.



Die Credit-Auskunft  
Verlag  
Die Credit-Auskunft  
KARLSRUHE  
EISENHAUS

Für das direkte 445  
Auskufts-System  
steht unter Wert große Vorteile  
nähere Aufklärung u. Prospekte gratis.

**Fahrbahnpflasterung.**

Das Wasser- u. Straßen-  
bauamt Heidelberg vergibt  
auf Grund der Reichsver-  
ordnungsordnung für Bau-  
leistungen die Ausfüh-  
rung von 4700 qm Klein-

pflaster einschl. Funda-  
mentherstellung an Land-  
straße 2 km 25,0—25,774  
in Hohenheim.

Die Bedingungen liegen  
auf dem Bauamt auf. An-  
gebote sind auf diesem  
oder bei Straßenbauamei-  
ster Winkelstecher in Schwei-  
zingen gegen Erhaltung  
von 50 RM. erhältlich. An-  
gebotsöffnung am 4. Au-  
gust, vorm. 10 Uhr, auf  
dem Bauamt. Q. 742

Achern. Q. 744

Güterrechtsregisterrein-  
trag Band II S. 376:  
Kern Hermann, Kauf-  
mann, München, und El-  
sabeth geb. Kreuzler. Ver-  
trag vom 15. Juli 1930.

Gütertrennung.  
Achern, 19. Juli 1930  
Bad. Amtsgericht.

## DIE BEILAGEN

DER  
**KARLSRUHER ZEITUNG**  
BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden  
Badischer Zentralanzeiger für Beamte  
Wissenschaft und Bildung  
Badische Kultur und Geschichte  
Badische Wohlfahrtsblätter  
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

**Inserieren auch Sie**

Sie werden bestimmt zufrieden sein

# Leipziger Lebensversicherung

1830-1930



Generalagentur Karlsruhe:  
**Ludwig Bomburger, Karlsruhe**  
Kiefel 20. Fernruf 1836

Die Gesellschaft für genau Rechnende und sachlich Prüfende

Druck G. Braun, Karlsruhe